

Der weltweite Kindermord

18.01.2019, Fassadenkratzer

Nach Berechnungen einer US-Statistikseite wurden im Laufe des Jahres 2018 weltweit fast 42 Millionen Kinder abgetrieben, d.h. im Mutterleib ermordet. Damit ist diese Form der Tötung von Menschen die Todesursache Nummer eins. Vielfach geschieht dies mit staatlicher finanzieller Unterstützung. Was zumeist als Fortschritt des Selbstbestimmungsrechtes der Frau gefeiert wird, beschreibt in Wahrheit eine materialistische Korrumpierung der Moral und eine allgemein wachsende Unmenschlichkeit und Barbarisierung.

Von Journalistenwatch kam am 2. Januar 2019 die Meldung, dass im verfloßenen Jahr 2018 ca. 41,9 Millionen im Mutterleib lebende Kinder nicht die Chance erhielten, das Licht der Welt zu erblicken. Sie wurden vorher getötet. Die Zahl veröffentlichte die US-Statistikseite „Worldometers“, die sich u. a. auf Abtreibungszahlen der WHO beruft, deren jährliche Schätzungen allerdings sogar 56 Millionen betragen. Nach Breitbart News seien damit weltweit etwa ein Viertel aller Schwangerschaften (23 Prozent) abgebrochen worden. Also auf 35 lebend Geborene kämen demnach acht Embryos, die im Sondermüll oder deren Überreste in einer ertragreichen Verwertungsindustrie landeten. –

„Mit insgesamt 8,2 Millionen Todesfällen ist die Zahl der Menschen, die im vergangenen Jahr an den Folgen von Krebs, Malaria, HIV, Rauchen, Alkohol oder Verkehrsunfällen starben, dagegen verschwindend gering.“¹

Auf „Worldometers“ läuft unter dem Stichwort „Abortion“ (Abtreibung) eine Abtreibungsuhr, die gnadenlos im Sekundentakt die Zahl der Kinder anzeigt, denen das Leben auf dieser Welt gerade verwehrt wurde. Stand 2019, heute, 18. Januar 2019, 8:10 Uhr: 1'995'609 Abtreibungen.²

Man muss sich das furchtbare Geschehen mal so konkret vor Augen führen.

Abtreibungsnetzwerke

Die Abtreibungen werden von einer aus feministischen Verbänden gebildeten Abtreibungslobby mit einer vielfach damit verbundenen Abtreibungsindustrie propagiert, gefördert und durchgeführt. Staatliche finanzielle Unterstützung ist ihnen in vielen Ländern sicher.

Doch bereits am 23. Januar 2017 hatte Donald Trump, nur wenige Stunden nach seiner Vereidigung als 45. Präsident der USA, ein Finanzierungsverbot für Organisationen erlassen, die in anderen Ländern Abtreibung fördern. Das bedeutet für die Abtreibungslobby einen Verlust von Milliarden von US-Dollars. Betroffen sind Abtreibungsorganisationen, Entwicklungshilfeorganisationen und Hilfswerke.³

Mit mehr als 80 Prozent Zustimmung unterstützten die US-Amerikaner die Linie ihres Präsidenten, keine US-Steuererlöse zur Förderung der Tötung ungeborener Kinder in anderen Staaten einzusetzen.

Im Frühjahr 2018 schliesslich strich die US-Regierung die US-Bundesmittel für die Finanzierung der Abtreibung in den USA selbst. Diese Entscheidung von US-Präsident Trump, „den Geldhahn abzudrehen, aus dem unter den Präsidenten Bill Clinton und Barack Obama Milliarden für die Abtreibung flossen, stellt ein internationales Signal ersten Ranges dar. Trump zeigt, dass es auch anders geht, und der vor allem in Europa behauptete „gesellschaftliche Konsens“ nur ein Propagandainstrument der Abtreibungslobby ist.“⁴

Hauptnutznießer der bisherigen Förderungspraxis in den USA war die Organisation **Planned Parenthood**, die von Abtreibungskritikern als der grösste Abtreibungskonzern in den USA bezeichnet wird. Er kassierte laut Angaben des U.S. Government Accountability Office 57,3 Millionen US-Dollar allein 2015. In den Jahren 2013-2015 waren es ganze 171 Millionen.⁵ Nach anderen Angaben erhielt er sogar etwa 450 Millionen Dollar pro Jahr aus dem Bundesetat.⁶

Die Planned Parenthood Federation of America (PPFA), kurz Planned Parenthood (dt. „Geplante Elternschaft“), ist offiziell eine Non-Profit-Organisation, die in über 650 (nach anderen Angaben über 700) Kliniken im Land „medizinische Dienste, vor allem in den Bereichen Sexualmedizin, Gynäkologie und Familienplanung anbietet. Hierzu gehören Schwangerschaftstests und -begleitmassnahmen, bestimmte Krebsvorsorgeuntersuchungen, Tests auf sexuell übertragbare Erkrankungen und deren Behandlung, Verhütungsmittel und Schwangerschaftsabbrüche.“ (Wikipedia)

In Wirklichkeit, meldete katholische.info, sei das einzige „Kerngeschäft“ von Planned Parenthood die Abtreibung, wie selbst die abtreibungsfreundliche New York Times geschrieben habe. „Kein Wunder also, dass Cecile Richards, die langjährige Vorsitzende von Planned Parenthood und Hillary Clinton-Freundin, nach ihrem Rücktritt Trump als den „abtreibungsfeindlichsten Präsidenten“ beschimpfte.“⁷ Noch konkreter: „Laut einer Untersuchung von Live Action machen Abtreibungen ganze 97 Prozent der „Dienstleistungen“ von Planned Parenthood aus und nicht „bloss drei Prozent“, wie von den Abtreibungslobbyisten und den ihnen nahestehenden Medien behauptet wird. (Der Psychologe Mauro) Faverzani dazu: 'Das Ausmass der Massentötung von wehrlosen Kindern im Mutterleib ist gigantisch.'⁸

„Planned Parenthood praktiziert nach eigenen Angaben jährlich rund 320'000 Abtreibungen, fast 900 jeden Tag, mehr als 36 jede Stunde.“⁹

Einspringen anderer westlicher Staaten

Seit der Streichung der US-Bundesmittel für die Abtreibungsfinanzierung, arbeiten die Abtreibungslobbyisten fieberhaft daran, sich weltweit Fördermittel aus Steuertöpfen anderer Staaten zu öffnen. An vorderster Front sprangen mehrere EU-Mitgliedstaaten in die Bresche. Nachdem Donald Trump am 23.1.2017 das Finanzierungsverbot für Organisationen, die in anderen Ländern Abtreibung fördern, erlassen hatte, dauerte es nicht lange, so berichtete *katholisch.info*, und die Niederlande, Schweden, Belgien, Dänemark, Luxemburg und Finnland, aber auch Kanada und die Kapverdischen Inseln erklärten, in den kommenden vier Jahren 600 Millionen Dollar zur Förderung der weltweiten Abtreibung aufbringen zu wollen. Es gehe um Gender-Rechte, lautete die Begründung.

„Die genannte Summe kann den Verlust durch die Streichung von US-Bundesmitteln nicht ausgleichen. Die Ankündigung zeigt jedoch, wie tief die Bruchlinie zwischen zwei unterschiedlichen Weltsichten ist. Sie zeigt auch, wo welche Regierungen stehen und wie gründlich sie die „Kultur des Todes“ inhaliert haben und wie tief sie in die Tötungsindustrie unschuldiger, ungeborener Kinder verstrickt sind.“

„Die stellvertretende schwedische Ministerpräsidentin Isabella Lövin erklärte gegenüber Reuters: „Am 2. März (2017) wird in Brüssel eine Tagung stattfinden, um die Kampagne zur Sammlung der Gelder zu starten, mit denen den Projekten der Nichtregierungsorganisationen geholfen werden soll“, die weltweit die Abtreibung finanzieren. So direkt sagte es Lövin natürlich nicht, sondern gebrauchte statt des Wortes „Abtreibung“ das Wort „Familienplanung“. „Das Dekret von Trump kann für viele Frauen wirklich gefährlich sein. Wenn die Frauen nicht über ihre Körper und ihr Schicksal bestimmen können, könnte es ernste Folgen für die Erreichung der globalen Ziele im Bereich der Gender-Rechte und der Beseitigung der globalen Armut geben.“¹⁰

EU-Parlament

Auch das EU-„Parlament“ verurteilte mit Stimmenmehrheit die Politik von US-Präsident Donald Trump. In einer „Empfehlung des Europäischen Parlaments vom 14. Februar 2017 an den Rat zu den Prioritäten der EU für die 61. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau“ heisst es, das US-Finanzierungsverbot sei ein „direkter Angriff“ gegen die „Frauenrechte“. Die im September 2015 von der UNO-Generalversammlung beschlossenen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Post-2015-Ziele, oder Post-Millennium-Entwicklungsziele) würden das „Recht“ auf Tötung ungeborener Kinder miteinschliessen. Es sei ein internationaler Fonds „zur Finanzierung des Zugangs zur Geburtenkontrolle und zu sicheren und legalen Abtreibungsmöglichkeiten einzurichten, um die Finanzierungslücke zu schliessen, die infolge der Massnahmen entstehen wird, die die Regierung

von Präsident Trump ergreifen wird, um die Finanzierung aller ausländischen Hilfsorganisationen auszusetzen, die Dienste im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte anbieten.“

Zum Stimmenverhalten der EU-Abgeordneten hält katholisches.info fest: „371 Europaabgeordnete oder 58 Prozent stimmten für die „Empfehlung“, 198 oder 31 Prozent dagegen und 74 enthielten sich der Stimme (108 Abgeordnete nahmen nicht an der Abstimmung teil). Geschlossen unterstützt wurde der Antrag von allen Links-Fraktionen (Sozialdemokraten, Grünen, Kommunisten) und den Liberalen, die gesellschaftspolitisch ebenfalls links stehen. Der Antrag wurde zwar von allen Rechts-Fraktionen abgelehnt, doch herrschte in den Fraktionen weniger Eindeutigkeit. ... Während Grüne und Kommunisten geschlossen (100 Prozent) für die Abtreibung votierten, bei den Sozialdemokraten 98 Prozent und den Liberalen 89 Prozent, zeigte sich auf der anderen Seite weniger Disziplin. Einzig die Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (AfD, FPÖ, Front National, Lega Nord, Wilders PVV) votierte mit einem geschlossenen Abstimmungsverhalten von 100 Prozent gegen die „Empfehlung“. Bei den Konservativen waren es nur 74 Prozent, die gegen die „Empfehlung“ stimmten, bei der Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (UKIP, allerdings auch Grillo Fünf-Sterne-Bewegung) nur 72 Prozent und bei der Europäischen Volkspartei gar nur 64 Prozent.

Die bundesdeutschen Abgeordneten stimmten mit 42 (SPD, Grüne, Linke, FDP, Udo Voigt von der NPD und Christian Ehler von der CDU) gegen 33 Stimmen (CDU, CSU, AfD und Bernd Lucke) mehrheitlich für die „Empfehlung“ (vier Liberal-Konservative Reformer, vorher AfD, enthielten sich der Stimme, darunter Hans-Olaf Henkel; ebenso hatten zwei CDU-Abgeordnete keine klare Vorstellung, wo sie in der Sache zu stehen haben, darunter der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident David McAllister).“ ¹¹

Australien

Australien sicherte ebenfalls im Februar 2017 Planned Parenthood 9,5 Millionen Dollar zu. Ein entsprechender Antrag der sozialdemokratischen Australian Labor Party, die sich seit 2013 in der Opposition befindet, wurde vom Parlament in Canberra angenommen. Die Gelder fließen in das Planned Parenthood-Programm Sprint. Dieses Programm wurde zur „Förderung der reproduktiven Gesundheit in Krisensituationen und nach Krisen des indopazifischen Raumes“ entwickelt. „Hinter dem Begriff „reproduktive Gesundheit“ versteckt die Abtreibungslobby die Tötung ungeborener Kinder im Mutterleib und Verhütung.“ ¹²

Aus einer Erklärung der australischen Aussenministerin Julie Bishop geht hervor, dass diese 9,5 Millionen Dollar eine Erhöhung der bereits laufenden Unterstützung für das Planned Parenthood-Programm bedeuten: „Mit der

heutigen Ankündigung der Finanzierung wird unser Gesamtbeitrag für das Programm seit 2007 auf 26,3 Millionen US-Dollar erhöht. Durch SPRINT haben Australien und die International Planned Parenthood Federation über 890'000 Menschen geholfen, Zugang zu Angeboten für sexuelle und reproduktive Gesundheit in Krisengebieten zu erhalten.“

Robyn Grace, Mitbegründerin der australischen ProLife-Website AllLivesEqual.org, protestierte scharf gegen die Regierung und sagte gegenüber LifeSiteNews, dass viele der Migrantinnen, denen sie täglich in ihrer Arbeit begegnet, eigentlich keine Abtreibung wollen.

„Warum wird dieses Geld für Abtreibungen ausgegeben und nicht für schwangere Frauen, damit sie ihre Kinder behalten können?“, fragte sie.

„Neunzig Prozent der Frauen, denen ich helfe, wollen ihre ungeborenen Babys nicht abtreiben, sie wollen nur Unterstützung.“

„Die australische Aussenministerin Julie Bishop verneigt sich stolz vor der linken Entvölkerungsagenda zusammen mit Labour-Senatorin Lisa Singh, um die Tötung ungeborener Babys zu unterstützen, weil US-Präsident Donald Trump die mutige Haltung eingenommen hat, die Tötungsfabriken von Planned Parenthood in anderen Ländern zu entschärfen. Das Blut dieser Babys klebt wirklich in ihren Händen. Es ist eine Schande für unser Land, und ich bin sicher, die Australier wären entsetzt, wenn sie wüssten, dass ihre Steuergelder für diese Zwecke verwendet werden.“¹³

Die Löcher im Planned-Parenthood-Haushalt sollen durch die Schaffung eines neuen „Weltabtreibungsfonds“ gestopft werden. Nach katholisches.info streben Staats- und Oppositionsführer aus 50 Staaten die Schaffung eines solchen globalen Abtreibungsfonds an. Am kommenden 2. März soll ihr nächstes Treffen stattfinden, um die Idee voranzutreiben.

„Drei Staaten, die sich daran beteiligen, die Niederlande, Belgien und Dänemark, haben zusammen bereits 30 Millionen Euro zugesichert. In keinem der drei Länder befindet sich eine Linksregierung an der Macht. Neben rechts- und linksliberalen Parteien gehören allen drei Regierungen auch christdemokratische Parteien bzw. Mitglieder der Europäischen Volkspartei (EVP) an. Der „Abtreibungskonsens“ reicht weit über das hinaus, was als politisch linkes Lager verstanden wird.“

„Die Schaffung eines Weltabtreibungsfonds durch eine Staatenkoalition von Abtreibungsbefürwortern ... soll durch den Griff in den Steuertopf erfolgen. Der nächste Schritt wäre die Institutionalisierung dieses Fonds im Rahmen der Vereinten Nationen (UNO). Dort existieren bereits solche, allerdings verteilt auf verschiedene Agenturen und unter verschleiern den Bezeichnungen. Die Bürger sollen davon möglichst wenig erfahren, denn im kommenden Mai stehen Wahlen zum Europäischen Parlament bevor. Sie entscheiden auch, ob in der EU dem Beispiel von US-Präsident Trump gefolgt wird, oder

die Vernichtung von Menschenleben und ganzer europäischer und anderer Völker durch „reproduktive Gesundheit“ fortgesetzt wird.“¹⁴

Pro Familia

Die US-Abtreibungsorganisation Planned Parenthood steht in einem engen inneren Zusammenhang mit „pro familia Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e. V.“ Beide Organisationen gehen wesentlich auf Margaret Higgins Sanger (1879-1966) zurück, eine US-amerikanische Krankenschwester und Frauenrechtlerin.

„In den USA war und ist sie eine umstrittene Persönlichkeit, die einerseits als Vorreiterin für das Recht der Frauen auf Empfängnisverhütung gefeiert wird, andererseits jedoch nicht zuletzt wegen ihres Einsatzes für die Zwangssterilisation und Eugenik als problematisch eingeschätzt wird.“

(Wikipedia) Margaret Sanger begründete 1921 die American Birth Control League, aus der 1942 die Organisation Planned Parenthood hervorging.

Wesentlich auf ihr Betreiben und ihre Vorarbeiten kam es am 23. Dezember 1952 auch zur Gründung der später in Pro Familia umbenannten „Deutschen Gesellschaft für Ehe und Familie“ in Kassel, deren Gründungsmitglied sie war.

Noch im selben Jahr hatte Margaret Sanger für das Entstehen der International Planned Parenthood Federation (IPPF) gesorgt, deren Gründungsmitglieder ihre US-Organisation Planned Parenthood und die deutsche Gesellschaft Pro Familia wurden.

Die IPPF ist inzwischen weltweit der grösste private Finanzierer von Familienplanungsprogrammen. „Die anfängliche Finanzierung stammte aus Mitteln des Hugh Moore Fund und der Rockefeller Foundation. Später wurde die IPPF finanziert von DuPont, Standard Oil und Shell. Im Gremium der IPPF befinden sich (Stand 2004) Repräsentanten amerikanischer Gross- und Finanzkonzerne. ... Sie hat einen Beraterstatus bei der UNESCO und arbeitet mit weiteren Organisationen wie Population Council, UNFPA, USAID, WHO, UNICEF und UNEP zusammen.“ (Wikipedia)

Eine grosse Rolle in den ersten sechzehn Jahren der Geschichte von Pro Familia spielte auch der Hamburger Sozialhygieniker Hans Harmsen, der in der Zeit des Nationalsozialismus bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges Eugenik im Dienste der nationalsozialistischen Machthaber betrieben hatte. Nach 1945 wurde er Professor an der Universität Hamburg und Mitgründer, Präsident und schliesslich Ehrenpräsident von Pro Familia. (Wikipedia)

Pro Familia setzt sich für „sexuelle und reproduktive Rechte“ ein und fordert das Recht auf einen legalen Schwangerschaftsabbruch ohne medizinische Indikation. Der Bundesverband unterhält mehr als 180 Beratungsstellen in Deutschland mit etwa 1'600 Mitarbeitern. Angeboten werden ausser der Beratung zu Geburt und Abtreibung u.a. Beratungen zu Sexualität, Kinder-

wunsch, Schwangerschaft, Trennung und Scheidung, Empfängnisregelung und -verhütung. Die Organisation wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sowie Länderministerien finanziell gefördert. Manchen Beratungsstellen sind „Pro-Familia-Zentren“ angeschlossen, in denen einige Türen weiter gleich Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden können. (s. Wikipedia)

Dies hatte bereits 2004 der Hessische Rechnungshof kritisiert. „Als ein wesentliches Ergebnis stellten die Prüfer fest, dass in den drei Medizinischen Instituten von „Pro Familia“ Abtreibungen vorgenommen würden. Solange die „Pro Familia“-Vereine ambulante Schwangerschaftsabbrüche anböten oder nicht für eine hinreichende Trennung von Beratungsstellen und Medizinischen Instituten sorgten, solle das Sozialministerium deren Anerkennung als Konfliktberatungsstellen widerrufen und die Förderung einstellen, raten die Prüfer.

Laut Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetz dient eine Beratung dem Schutz des ungeborenen Lebens. Die Beratungsstellen haben ihre Gespräche „ergebnisoffen“ zu führen, dürfen also schwangere Frauen nicht zu einer Entscheidung drängen. Dies scheint den Rechnungshofprüfern offenbar nicht richtig gewährleistet, wenn „Pro Familia“ neben den Beratungsstellen auch drei Tageskliniken unterhält, in denen Abtreibungen vorgenommen würden.“

15

Die Beratungen sind nicht ergebnisoffen. Abtreibung wird als Frauenrecht propagiert und den Frauen nahegelegt. Aus Aussagen führender Pro Familia-Vertreter wird das auch deutlich. So sagte der Geschäftsführer des Saarbrücker Familienplanungszentrums Heinz Krämer bereits im Spiegel vom 18.8.1988: „Kindesabtreibung gibt es nicht. Es gibt die Abtreibung einer Leibesfrucht, den Schwangerschaftsabbruch, die Entfernung von Embryonalgewebe. Aber wir sollten aufhören, Embryos durch Ultraschallgeräte, Fötalchirurgie oder Verfassungsgerichtsurteile zu personalisieren, sie zu eigenständigen, lebensfähigen Personen hochzustilisieren.“¹⁶

Und Jürgen Heinrichs, Vorsitzender von 1973-1983 und Präsident des „Central Council“, des höchsten Beschlussgremiums der IPPF, schrieb in einem Gutachten für das Bundesverfassungsgericht der Pro Familia Bremen zur Stiftung „Mutter und Kind“: „Wann menschliches Leben beginnt und was menschliches Leben im Prozess der vorgeburtlichen Entwicklung ist, muss dem einzelnen Bürger als eine höchst subjektive, in privaten Lebenserfahrungen und kulturellen Einbettungen vorgegebene Frage zur Entscheidung überlassen werden ... dass der Embryo solange kein selbständiges menschliches Leben ist, solange er nicht ausserhalb des Mutterleibes selbständig leben kann, also bis kurz vor der Geburt.“¹⁷

Pro Familia forderte also die legale Tötung des Kindes bis zur Geburt schon

Jahrzehnte vor den Jusos, die damit erst im Dezember 2018 in die Öffentlichkeit traten und gegen Pro Familia sozusagen alt aussehen. Doch muss man vermuten, dass die Saat von Pro Familia bei den Jusos jetzt aufgegangen ist.

Von Moral und Wirklichkeit abgeschnitten

Eine wichtige Rolle bei der Abtreibungsberatung spielen natürlich die moralischen Bedenken der Frauen, ob es richtig und sittlich gerechtfertigt werden kann, das Kind in ihrem Bauch zu töten und ob sie hinterher nicht an schweren Schuldgefühlen und Gewissensbissen ein Leben lang zu leiden haben. Dem wird in den Beratungen von Pro Familia einmal damit begegnet, dass es gar nicht um die Abtreibung eines lebensfähigen Kindes gehe, sondern um die einer „Leibesfrucht“, um die blosse „Entfernung von Embryonalgewebe“. Einem embryonalen Zellhaufen gegenüber braucht man natürlich genauso wenig Gewissensbisse zu haben wie gegenüber einer sonstigen Geschwulst, das entfernt wird. Zum anderen wird vehement propagiert, wie man auf der Webseite von Pro Familia¹⁸ lesen kann, dass es auch bei 95% der Frauen nach der Abtreibung keine nachträglichen Schuldgefühle, - vorwürfe, Trauer, Depressionen oder sonstige psychische Belastungen gebe, was mit dem Begriffsungeheuer „Post-Abortion-Syndrom“ verharmlost wird. Mehrere wissenschaftliche Untersuchungen hätten übereinstimmend ergeben, dass Risikofaktor nicht der Eingriff selbst sei, sondern die wahrgenommene Stigmatisierung und vorangegangene psychische Erkrankungen, was nur einen kleinen Teil der Frauen betreffe.

Bei diesen „wissenschaftlichen“ Befragungen bleibt ja vollkommen offen, ob die Frauen wirklich alle die Wahrheit über ihr seelisches Befinden sagen, inwieweit sie die mehr oder weniger zarten Gewissensregungen verdrängen, verleugnen oder betäuben. Dem dient ja letztlich auch die ganze feministische Propaganda, deren Sirenengesang sich die Frauen gerne hingeben, um innere Ruhe zu finden, bzw. sie erst gar nicht zu verlieren.

Wir haben es mit dem weltweiten Symptom einer vollkommenen Abgeschnittenheit von den geistig-göttlichen Welten zu tun, aus denen der Mensch als geistiges Wesen stammt, und die erst mit der irdischen Welt zusammen die volle Wirklichkeit des Menschen ausmachen. Diese materialistische Isolation und Reduktion des Menschen wird mit ungeheurem selbstsüchtigem Fanatismus über ein weitverzweigtes Netzwerk über die ganze Erde verbreitet. Sie hat den galoppierenden Verfall der Moral zur Folge, die noch eine gefühlsmässige Verbindung mit den Gesetzen einer höheren Welt bedeutet.

Nur die Erkenntnis, dass jeder Mensch als geistiges Wesen zu immer neuen Inkarnationen in die irdische Welt heruntersteigen will, um hier seine Entwicklung fortzusetzen, kann eine weitere Dekadenz und Barbarisierung des

menschlichen Lebens verhindern. Dies ist von mir in einem vorangegangenen Artikel, auf den ich hier zur Ergänzung und Vertiefung verweisen möchte, ausführlicher begründet worden.



Altes Bild: der Klapperstorch – ein geflügeltes Wesen bringt die Seele des Kindes zur Erde. Kostenlose Bilder Pixabay

Viele Frauen empfinden noch den grösseren Zusammenhang des menschlichen Lebens. Auf der Internetseite einer Schwangerschaftsberaterin, die mit viel Verständnis auf die besonderen Situationen der Schwangeren eingeht, kommt eine Frau zu Wort, die das tastend zum Ausdruck bringt: „Alle guten Gründe in der Welt mögen für die Abtreibung sprechen; ich bin sicher das Richtige getan zu haben. ... Aber ... die Gründe wiegen irgendwie das Ganze nicht auf. Es ist einfach so, dass das Ganze irgendwie grösser ist als die Summe seiner Teile, wenn man es auseinander nimmt ... und ich weiss nicht, was das ist.“¹⁹

Und am Schluss wird dort das ergreifende Gedicht der aus der DDR stammenden Dichterin Eva Strittmatter abgedruckt, das sie nach der Abtreibung ihres fünften Kindes geschrieben hat:

Interruptio

*Ich muss meine Trauer begraben
Um das ungeborene Kind.
Das werde ich niemals haben.
Dämonen pfeifen im Wind
Und flüstern im Regen und speien
Mir gerade ins Gesicht.
Und mag auch Gott mir verzeihen.
Ich verzeihe mir nicht.
Es hat mich angerufen,
Es hat mich angefleht,
Ich soll es kommen lassen.
Ich habe mich weggedreht. ...*

Es ganz zu lesen, sei wärmstens empfohlen.

- 1 *journalistenwarch.com 2.1.2019*
- 2 *waldometers*
- 3 *katholisches.info 10.2.2017*
- 4 *katholisches.info 4.1.2019*
- 5 *katholisches.info 23.5.2018*
- 6 *metropolitico.org 5.5.2017*
- 7 *wie Anm. 4*
- 8 *wie Anm. 3*
- 9 *wie Anm. 4*
- 10 *wie Anm. 3*
- 11 *katholisches.info 17.2.2017*
- 12 *wie Anm. 4*
- 13 *lifesitenews.com 17.2.2017*
- 14 *wie Anm. 4*
- 15 *faz.net 17.6.2004*
- 16 *zitiert nach http://www.pro-leben.de/abtr/taktiken_profamilia.php*
- 17 *a.a.O.*
- 18 *<https://www.profamilia.de/>*
- 19 *hanna-strack.de S. 3*